

Bezugspreis:
Stettin, 20. — M. monatl. — M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.— M. einjähr. 100.— M. halbjähr. 50.— M. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Stenelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Buzenburg 20.— M. für das übrige Ausland 27.— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Estland, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Himmels“ und der Beilage „Schauspiel und Kinetograph“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Kompositorenzeile kostet 1,50 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 1,50 M. (Schlusszeile festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Stellungslocher und Schlusszeilenanzeigen das erste Wort 1.— M., jedes weitere Wort 50 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 2.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Erwerbszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 66, Lindenstraße 8, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonnabend, den 28. Mai 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Der oberschlesische Teilungsplan.

Seitdem die französische Regierung die Politik auf eigene Faust, die sie wahrscheinlich niemals ernstlich wollte, abgelehnt hat, sucht sie in der oberschlesischen Frage ein Kompromiß, das den französischen Einfluß in Osteuropa sichert und den militärischen Bundesgenossen Polen kräftigt. Sie ist sicherlich im Grunde ihres Herzens damit zufrieden, daß diese Frage durch den neuen Dreiteilungsplan auf den Weg des Handelns und Verhandlens gekommen ist, sucht aber noch mehr herauszuholen, als was ihr jetzt geboten wird. Und doch zeigt dieser Dreiteilungsplan, daß selbst der Deutschland weniger ungünstig gesinnte Teil der Entente nicht nur die Gebiete, die sich für Polen erklärt haben, zu Polen schlagen will — ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Zusammenhänge —, sondern daß er sich nicht einmal dazu entschließen kann, Deutschland alles zu geben, was nach dem Ergebnis der Abstimmung Deutschlands ist.

Die Sorge der französischen Nationalistenpresse, ein für neutral erklärtes Gebiet würde später doch Deutschland zufallen, ist nur allzu begründet. Denn je mehr Zeit vergeht und je mehr die Kriegsleidenschaften verschwinden, desto deutlicher wird die Welt erkennen, welches Unrecht man an Deutschland und vor allem an Oberschlesien selbst begangen hat und durch eine weitere Zerstückelung des Landes weiter begehen würde.

Auf der anderen Seite zeigt der Dreiteilungsplan, der doch weiter nichts als ein Ausdruck schwerster Verlegenheit ist, wie weit sich die Ententepolitik in Oberschlesien in die Sackgasse verrannt hat. Es gibt keinen Ausweg, solange dieses unglückliche Land als Schauplatz machtpolitischer Gegenstände behandelt wird, statt daß man es in Ruhe dort läßt, wohin es nach jahrhundertelanger Zusammengehörigkeit und nach dem Wehrheitswillen seiner eigenen Bevölkerung gehört.

Dauerherrschaft Le Ronds beabsichtigt?

Eine Richtigstellung des englischen Botschafters in Paris an Havas gibt zu, daß ein gemeinsamer Vorschlag Englands und Italiens gemacht ist; jedoch bezweckt er keineswegs eine sofortige Aufteilung Oberschlesiens vor der Entscheidung des Obersten Rates und es liege ihm der Gedanke fern, die nicht gleich an Polen fallenden und unter Ententeverwaltung bleibenden Gebiete Deutschland zuzuteilen. Wörtlich sagt der Botschafter:

In Wahrheit hat der englische und italienische Vorschlag einzig den Zweck, die Autorität der internationalen Kommission wiederherzustellen, die auch dem ganzen Abstimmungsgebiet erhalten bleiben soll.

Die Italiener und Engländer in Oberschlesien selbst haben das neue Entgegenkommen Lord Georges an Frankreichs Wünsche nach weitestgehender Stärkung seines Vordrängens im Osten noch nicht mitgemacht, die Wessung hatte sie jedenfalls noch nicht erreicht, wie folgende Meldung des „Echo de Paris“ zeigt:

Der Botschafterrat beschäftigte sich mit einem Vorschlag des Generals de Marini und des Obersten Percival, unverzüglich die Bezirke, in denen Deutschland eine unantastbare Wehrheit erzielt habe, durch deutsche Truppen, und die Bezirke, in denen Polen gestiftet habe, durch polnische Truppen besetzen zu lassen. 17 000 Mann alliierter Truppen sollen alsdann in den strittigen Industriegebieten zusammengezogen werden, um dort evtl. später die neue Grenzlinie verteidigen zu können.

Bertinax schreibt auch gleich, die französische Regierung werde das ablehnen, weil die deutschen und polnischen Führer erklärt hätten, daß sie bereit seien, die Autorität der Volksabstimmungskommission anzuerkennen, es sei deshalb also unzumutbar, eine Lösung anzunehmen, die den Grundsatz in sich schließt, daß der Kampf fortgehen werde. Auch habe die Internationalisierte Militärkommission erklärt, die Soldaten seien in den genannten Gebieten gefährdet. Gerade die Bezirke Pleß und Rybnik hätten eine sehr starke polnische Wehrheit, und wenn man sie abspaltete, dann werde das Stimmverhältnis für Polen ungünstig. Außerdem lieferten die Kreise Pleß und Rybnik nur etwa 1/5 der gesamten Kohlenproduktion. Frankreich müsse sich also auf den Grundsatz der Unteilbarkeit des Industriegebietes berufen.

Le Rond verteidigt sich.

Paris, 28. Mai. (G.E.) General Le Rond gab dem Vertreter des „New York Herald“ in Opatowitz folgende Erklärung: Das ganze Unglück ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die alliierten Regierungen

meinen Warnungen kein Gehör schenken. Ich habe 50 000 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung gefordert. Die französische Regierung stellte mir 13 000 Mann zur Verfügung, während England mir 3000 Mann sandte, die aber wieder zurückgezogen wurden, ehe die Unruhen noch ausbrachen. Le Rond bestreitet, eine persönliche Politik in Oberschlesien zu betreiben. Er habe immer wieder beiden Teilen energisch zugeredet, Wäßigung zu betreiben, und die Tatsache anzuerkennen, daß die

beiden Klassen miteinander leben müßten. In keiner Weise sei er für eine polnische Wehrheit in Oberschlesien eingetreten. Le Rond wendet sich

gegen die Gewalt.

die Polen im Industriegebiet angewendet hat. Die Franzosen hätten Polen keinerlei Ermütigung zuteil werden lassen, sondern trotz der geringeren Zahl ihrer Truppen polnische Truppen wiederholt abgemehrt. Die französische Regierung sei wegen der Möglichkeiten des Ausbruches von Unruhen wiederholt von ihm gewarnt worden.

Der Berichterstatter wandte ein, daß die englische und die italienische Regierung behaupteten, eine derartige Warnung nicht erhalten zu haben. Le Rond antwortete darauf:

Ich kann für die Art und Weise nicht zur Verantwortung gezogen werden, in der andere die Situation einschätzen. Die zu erwartenden englische Bataillone sind nach meiner Auffassung militärisch unbedeutend, vollzählig jedoch werden sie großen Einfluß ausüben, da sie behilflich sein werden, eine neutrale Zone zwischen den Kriegführenden zu errichten. Le Rond glaubt nicht, daß die deutsche Regierung für das Eindringen der Freiwilligentruppen zur Verantwortung gezogen werden könne.

Massendemonstration in Berlin.

Morgen, Sonntag, 5 Uhr nachmittags, im Zoologischen Garten Massendemonstration für Oberschlesien und gegen den polnischen Terror. Redner aller Parteien werden sprechen, darunter die Genossen Knoll vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und Erwin Barth (SPD).

Keine Ruhe in Oberschlesien!

London, 28. Mai. „Times“ meldet aus Oppeln: Die Behauptung, daß die Ordnung in Oberschlesien wiederhergestellt sei, ist eine vollkommen falsche Darstellung der wahren Lage, die ernstlich ist, als je. Selbst wenn Korsantj veranlaßt werden würde, sich zum Rückzug bereit zu erklären, abzurufen und die von ihm übernommenen Machtbefugnisse der Kommission zu übertragen, würden Korsantj Leute dagegen meutern. Es ist für einen italienischen Offizier heute nicht mehr möglich, sich innerhalb der Linie der polnischen Aufständischen zu zeigen, ohne das er zurückgehalten, bedroht, und von den aufständischen Banden beschimpft wird, die sich um die Befehle ihrer Führer gar nicht kümmern und in deren Augen Engländer und Italiener nichts anderes sind, als Verbündete der Deutschen.

In Rattowitz gibt es seit Mittwoch — nach vierstündiger Unterbrechung — wieder Wasser!

In Ruda, Kreis Hindenburg-Jagrze, werden fortgesetzt deutsche Lehrer und Beamte von jugendlichen Befreiern verprügelt.

Selbstbestimmung eines Völkerbundstaates.

Wien, 28. Mai. (TU.) Der Bundesrat hat gestern das vom Nationalrat beschlossene Gesetz bezüglich einer Volksbefragung wegen des Anschlusses an Deutschland von der Tagesordnung abgesetzt.

Wien, 28. Mai. (TU.) Trotz der Ermahnung der Bundesregierung findet kommenden Sonntag in Salzburg eine private, von den Parteien durchgeführte Volksabstimmung über den Anschluß statt. In einer offiziellen Regierungserklärung wird auf die Gefahren der Anschlußpropaganda hingewiesen und erklärt, daß bei der Fortsetzung dieser Agitation Bestrafung dies sofort büssen müsse. Weitere Bestimmungen würden die Kreditaktion für Oesterreich gefährden. Die Regierung erklärt, in großer Sorge zu sein, und hat die sofortige Einberufung des Ausschusses für Außeres verlangt. Bezüglich Westungarns erklärt die österreichische Regierung, daß sie auf dem Standpunkt des Friedensvertrages von St. Germain stehe, wonach Westungarn Deutschösterreich zugesprochen wurde. Ungarn aber denkt nicht daran und Frankreich verzögert fortgesetzt die Ratifikation des Diktats von Trianon, das Ungarn zur Abtretung des Burgenlandes verpflichtet.

Politik über Wirtschaft.

Bekanntlich hat vor kurzem auch die Tschechoslowakei in Wien drohenden Einspruch gegen die elementare Anschlußbewegung erhoben, deren tiefster und stärkster Antrieb die Gewißheit ist, daß dem lebensunfähigen Deutschösterreich durch keinen, auch nicht durch den Völkerbund, ein gesundes Staatsleben eingehaucht werden kann. Wenn man schon in Paris vor einem noch größeren Deutschland zittert, wenn man in Rom vom Anschluß jetzt eine starke Zugkraft auf Südtirol befürchten mag, so weiß man doch in Prag sehr gut, daß alle Vernünftigen in Deutschland recht wohl die wirtschaftliche Unentbehrlichkeit der deutschen Randgebiete für die Tschechoslowakei kennen, denen sie nur gleiches Recht und Selbstregierung, die Erfüllung des Staatsgründungsprogramms von der „neuen Schweiz“ wünschen.

Der Ententebericht Praggs in der Anschlußfrage wird aber erst recht unbegründet, wenn man außer seiner Wirkung für das beiderseits gewünschte gute Verhältnis noch die amtliche tschechoslowakische Außenhandelsstatistik betrachtet. Sie lehrt, daß im dritten Vierteljahr 1920 von der Ausfuhr 45,37 Proz. nach Deutschland und 37,88 Proz. nach Deutschösterreich und 2,08 Proz. nach Frankreich gingen, von der Einfuhr 47,88 Proz. aus Deutschland und 7,74 aus Deutschösterreich und fast nichts aus Frankreich kam.

Und da macht man sich zum Protestbüttel von Paris. . .

Um das Reichsschulgesetz.

Von Richard Lohmann.

Das mit Ungestim geforderte und doch mit Bangen erwartete Ausführungsgesetz zu Art. 146, 2 der Verfassung liegt nun endlich dem Reichstage vor und soll am Dienstag unmittelbar nach seinem Zusammentritt in erster Lesung beraten werden. Die Tatsache, daß der für den Winter 1919 versprochene Entwurf erst jetzt im Sommer 1921 zustande gekommen ist, spricht für sich selbst, spricht für die Verhandlungsschwierigkeiten, die sich gerade diesem Gesetz schon im Schoße der Behörden entgegenwärteten. Und wenn man nun die Pressestimmen in den wenigen Wochen seit der Veröffentlichung des Entwurfs überfliegt, so erkennt man un schwer, daß auch im Parlament dem Gesetze in seiner vorliegenden Form von keiner politischen Partei ein freundliches Willkommen entgegengebracht werden wird. Das liegt in der innersten Natur eines Gesetzes begründet, von dem Heinrich Schulz auf der Stuttgarter Lehrertagung zu Pfingsten sehr treffend sagte: „Weil es allen gerecht zu werden sich bemüht, muß es jedem sein Bestes schuldig bleiben.“ Auch uns, und vielleicht gerade uns. Und wir haben deshalb ein Recht und die Pflicht, zu fragen: Muß es wirklich so sein?

Eine Feststellung vorweg. Das Gesetz gibt die Ausführungsbestimmungen zu dem sogenannten Schulkompromiß in Art. 146, 2; es kann also keinen Ersatz für das Kompromiß bringen. Diese Tatsache vergessen alle diejenigen, die den Gedanken der „nationalen Einheitschule“ in dem Entwurf vermissen. Für eine solche einheitliche Schule ist das deutsche Volk im Jahre 1921 noch ebensowenig reif wie im Jahre 1919; die Zeit für eine Aufhebung des damals notwendigen Kompromisses ist auch heute noch nicht gekommen. Und wir als Sozialisten sollten es am ehesten begreifen, daß ein weltanschaulich so zerrissenes und zerstückeltes Volk wie das unsere keine Schule einer einheitlichen Weltanschauung und auch keine Schule weltanschaulicher Neutralität bauen kann. Aber wir sehen die Linie der Entwicklung, die von der augenblicklichen Zerstückelung einer zerfallenden Kultur unaufhaltsam zur Gemeinsamkeit einer neuen Kultur hinstrebt, und wir haben dafür zu sorgen, daß dieser Entwicklung auf dem Gebiete des Schulwesens nicht der Weg verbaut wird.

Das ist die Bedingung, die wir an unsere Reichsschulgesetzgebung zu stellen haben. Das Weimarer Kompromiß erfüllte sie, indem es die neue weltliche Schule als gleichberechtigt neben den alten anerkannte. Unsere Stellung zum Ausführungsgesetz hängt davon ab, ob auch von ihm dasselbe gilt.

Der Entwurf sieht — entsprechend dem Art. 146 — die sogenannte Simultanschule mit Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach (die „Gemeinschaftsschule“) als Normaltyp der deutschen Volksschule vor. Daß diese Schule eine wirkliche weltanschauliche Gemeinschaftsschule, keine verkappte konfessionelle Schule sein soll, sagt die Begründung zu § 2 des Entwurfs mit aller wünschenswerten Klarheit. Unsere Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß es so bleibt. Denn schon richtet sich gegen diese „weltliche Schule mit ausgeprägtem Religionsunterricht“, gegen diese „erste Sünde des sozialistischen Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern“ der Ansturm der Reaktion, und er findet in dem eingeschmuggelten Absatz 3 dieses Paragraphen eine gewisse Stütze.

Neben diesem Schultyp sind als Ausnahmen auf Antrag der Erziehungsberechtigten konfessionelle Schulen auf der einen Seite und bekenntnisfreie auf der anderen zulässig. Die Einzelheiten sind der Landesgesetzgebung vorbehalten. Der Entwurf rechnet zu den bekenntnisfreien Schulen auch solche einer bestimmten „Weltanschauung“. Wir würden von unserem grundsätzlichen Standpunkt aus auf besondere „Weltanschauungsschulen“ gern verzichten. Wenn sie aber schon gestattet sein sollen, so sind sie im Interesse klarer Scheidung den konfessionellen Schulen, aber nicht den weltlichen (bekenntnisfreien) zuzurechnen. Die weltliche Schule, die wir erstreben, ist eine Gemeinschaftsschule im tiefsten Sinne des Wortes, die einzige wirkliche Gemeinschaftsschule. Sie wird sich überall da, wo die Vorbedingungen dafür gegeben sind, ganz von selbst auch zur Schule einer einheitlichen Weltanschauung entwickeln — nicht im Sinne eines „Bekenntnisses“, in dem und zu dem hin die Schüler erzogen werden sollen, sondern dadurch, daß sie vom Geiste der Gemeinschaftskultur und der Gemeinschaftsethik befeuert ist. Sie wird sich zunächst vielerorts freilich scheinbar nur dadurch von der Simultanschule unterscheiden, daß in ihr der Religionsunterricht nicht mehr ordentliches Lehrfach ist. Aber gerade hier liegt der Keimpunkt für eine künftige Vereinheitlichung des heute noch Auseinanderstrebenden; darum sollte man die Scheidung nicht künstlich dadurch vergrößern, daß man die weltliche Schule mit dem Ballast der Weltanschauungsschule belädt.

Die bevorzugte Stellung, die der weltlichen Schule als einer Gemeinschaftsschule zutommen müßte, wird vorder-

hand noch nicht zu erreichen sein. Um so nachdrücklicher müssen wir aber die Forderung nach völliger Gleichberechtigung als das Mindestmaß des verfassungsmäßig Gewährleisteten erheben. Die Erschwerungen, die der Absplitterung von Bekenntnisschulen in den Weg gelegt sind, müssen nicht nur dem Buchstaben nach, sondern auch in ihrer Wirkung mindestens ebenso groß sein, wie bei weltlichen Schulen. Das ist aber bei dem Entwurf in seiner vorliegenden Form nicht der Fall.

Darüber hinaus sollten gegen solche Absplitterung überhaupt die denkbar größten Sicherheiten geschaffen werden. Die Reichsverfassung bestimmt ausdrücklich, daß ein „geordneter Schulbetrieb“ — auch im Sinne des organischen Aufbaues des gesamten Schulwesens — durch keine Sonderschulen gehindert werden darf. § 9 des Gesetzesentwurfs ermöglicht aber in der Tat die Bildung konfessioneller oder weltanschaulicher Zwergschulen, da er in seiner Fassung alles eher als eindeutig ist. Wir wissen wohl, daß eine stärkere Bindung unter Umständen auch die Errichtung einer weltlichen Schule in einzelnen Gemeinden vorläufig unmöglich machen könnte. Aber wir müssen und wollen diesen Augenblicksverlust um der Zukunft willen mit in den Kauf nehmen, wir müssen die unabwendbare Zersplitterung auf das irgend erreichbare Mindestmaß zurückführen — im Interesse der Leistungsfähigkeit unserer Schule wie auch letzten Endes im Interesse unserer Sache, denn, wenn irgendwo, so arbeitet hier die Zeit für uns.

Die Sozialdemokratie hat die Pflicht, nun endlich auf eine schnelle Verabschiedung dieses Gesetzes zu dringen, natürlich nur in einer Form, die ihren berechtigten Forderungen — bei aller Würdigung der Grenzen des zurzeit Möglichen — gerecht wird. Wenn es sich nur darum handelte, den Entwurf in seiner vorliegenden unzulänglichen Form zum Scheitern zu bringen, ihn „verschwinden zu lassen“, wie es unlängst in einer Entschließung ausgedrückt war, so wäre dies vorläufiglich die leichteste Sache von der Welt, denn mit dem Herzen kann keine der durch unüberbrückbare Gegensätze der Weltanschauung getrennten politischen Parteien hinter einem solchen Kompromiß auf kulturellem Gebiete stehen. Aber gerade wir haben dafür zu sorgen, daß die weltliche Schule endlich Heimatsrecht in Deutschland bekommt, das ihr ohne ein Ausführungsgezet zu Art. 146 auch heute noch verweigert ist. Das Gesetz kann aber nur zustandekommen, wenn Zentrum und Sozialdemokratie in gemeinsamen Verhandlungen eine gemeinsame Basis finden, die keinem untraglichen Opfer zumutet. Alles andere ist politische Kinderrei; vor allem der in demokratischen Lehrkreisen gehegte Gedanke, das Zentrum solle auf die Konfessionsschule und die sozialistischen Parteien auf die weltliche Schule verzichten. Mit der „Simultanschule“, die dann herauskäme, wäre weder dem Zentrum, noch uns gedient. Eine solche verschleierte Konfessionsschule als Normaltypus würde der weltlichen Schule den Weg weit stärker verbauen, als das Schulkompromiß.

Wir müssen deshalb im vollen Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit an dem Zustandekommen des Gesetzes unter Berücksichtigung der von uns zu erhebenden Mindestforderungen mitarbeiten. Wir können diese unsere Forderungen um so eher offen erheben und ihre Erfüllung verlangen, weil wir niemand vergewaltigen wollen, sondern nur für uns dieselbe Freiheit beanspruchen, die wir den Anhängern der versinkenden Kultur zu geben bereit sind.

Eine wirkliche Verständigung auf diesem kulturellen Gebiete ist gerade wieder für die beiden Parteien, die die Not des Vaterlandes abermals zu gemeinsamer Arbeit zusammengeleitet hat, ausgeschlossen. Und doch muß hier wie in Weimar vor zwei Jahren ein Ausweg gefunden werden, der nur in gegenseitiger Duldung liegen kann. Aber wohl gemerkt: in gegenseitiger Duldung. Die Sozialdemokratie wird bereit sein, daran mitzuarbeiten, wenn man ihr diese Arbeit nicht durch unannehmbare Forderungen von der anderen Seite unmöglich macht.

Der Gedanke der Mitbestimmung der Erziehungsberechtigten, der Selbstbestimmung der einzelnen Schule liegt nicht

abschließend von den Wegen, die die Sozialdemokratie bei der Erneuerung unserer Schule überhaupt zu gehen gedenkt. Aber der Verzicht auf die staatliche Schulaufsicht bedeutet nicht zugleich den Verzicht auf jede freiheitliche Entwicklungsmöglichkeit unserer Schule, bedeutet auch nicht den Willen zur Auslieferung der Schule an ihre alten Zwingherren. Der Glaube an eine künftige Kulturgemeinschaft unseres Volkes, der uns befeht, gibt uns vielmehr die Zuversicht, daß die Schule aus einer Angelegenheit der weltanschaulich zersplitterten Gesellschaft einst eine Sache dieser Gemeinschaft werden wird. Wenn der Weg dazu nicht verlegt wird, so müssen wir der Ausführung des Kompromisses zustimmen, so darf am inneren Kampf der Weltanschauungen jetzt ebenso wenig wie in Weimar die gemeinsame Front zur Abwehr der äußeren Not zugrunde gehen.

Deutsche Volkspartei und Regierung.

Ueber das Verhältnis der Deutschen Volkspartei zur Regierung läßt sich die „Voss. Ztg.“ folgendes mitteilen:

Wenn auch der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei den Reichskanzler wegen seiner Steuerpolitik schroff ablehnt, ist es doch nicht unwahrscheinlich, daß die Mehrheit der Fraktion für eine wohlwollende Neutralität gegenüber dem Kabinett zu gewinnen wäre, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt würden:

1. Die Befehung der beiden noch freien Reichsministerien, also das der Finanzen und des Wiederaufbaues, durch Sachkennner.

2. Eine Steuerpolitik, die sich von dem Dilettantismus der Erzberger-Periode fernhält und den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt.

3. Ein Umbau der preussischen Regierung in der Weise, daß die Deutsche Volkspartei in die bestehende Koalition eintritt und im preussischen Kabinett entsprechend ihrer Zahl und Bedeutung vertreten wird.

In parlamentarischen Kreisen hat man den Eindruck, daß unter diesen Bedingungen eine Unterstützung der Regierung durch die Deutsche Volkspartei zu erreichen wäre, da diese Partei mit der Regierungskoalition und dem Kabinett darin einer Meinung ist, daß die Verpflichtungen aus dem Ultimatum, da die Unter-schrift nun einmal gegeben worden ist, auch erfüllt werden müssen. Ob die Besprechungen, die in dieser Richtung gepflogen werden, zu einem Ergebnis führen werden, bleibt abzuwarten. Sie werden allerdings erschwert durch die wenig maßvolle Haltung einzelner vorkonfessioneller Organe, die zu einer Entfremdung zwischen Volkspartei und Zentrum zu führen droht, und die schroffe Ablehnung einiger sozialdemokratischer Führer.

Um beim letzten zu beginnen: Es sind nicht „einige sozialdemokratische Führer“, sondern es ist die Sozialdemokratische Partei, die ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ablehnt. Es kann nach sozialdemokratischer Auffassung auch keine Rede davon sein, daß sich das Reichskabinett durch Eingehen auf irgendwelche Bedingungen die „wohlwollende Neutralität“ der Deutschen Volkspartei erkaufte. Vielmehr muß das Kabinett seine Verantwortung tragen und die Deutsche Volkspartei die ihre. Das Kabinett hat die Politik zu treiben, die es im Interesse des deutschen Volkes zu treiben für notwendig hält, die Parteien, die glauben, diese Politik bekämpfen zu dürfen, müssen dafür vor Volk und Geschichte die Verantwortung übernehmen.

Die Sozialdemokratische Partei hat angesichts der unermesslichen Schwierigkeiten des Reichs einer bürgerlichen Regierung, in der drei Volksparteiler saßen, lange, vielleicht zu lange, sehr weitgehende Rücksicht erwiesen. Wenn die Volkspartei nicht mehr in der Regierung sitzt, so liegt das nicht daran, daß die Sozialdemokratie sie hinausgedrängt hat, sondern vielmehr daran, daß die bürgerliche Regierung mit den Volksparteilern in sich selber zusammengebrochen ist. Und wenn jetzt die Deutsche Volkspartei, die bekanntlich viel „nationaler“ ist als wir, lieber das Chaos und den Franzosenmarsch kommen lassen will, als daß sie sich mit notwendigen Belastungen des Besitzes abfindet und — im

Stille ihrer Presse zu reben — auf die preussischen „Kattentrippen“ verzichtet, so werden die Folgen auf sie fallen. Das deutsche Volk wird sich von solchen „Patrioten“ nicht noch mehr zugrunde richten lassen, als es schon zugrunde gerichtet ist!

Sozialdemokratie und Staatsrat.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Staatsrates legte unser Redner, Genosse Meerfeld-Köln, am Schlusse seiner Ausführungen mit wenigen Worten die Stellung unserer Fraktion zum Staatsrat dar. Er sagte:

Meine Parteifreunde in der preussischen Landesversammlung haben feinerzeit die Schaffung eines Staatsrats entschieden bekämpft. Ihre Gründe sind auch die unsrigen. Wir wollen die aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangene preussische Volkskammer nicht bevormunden und in ihren Entschlüssen beschränken lassen. Es widerspricht dem Grundgedanken der vollen Volksherrschaft, wenn über der Volkstammer eine Art Oberhaus errichtet wird, das dazu noch infolge des indirekten Wahlsystems den Volkswillen verfälscht. Die parteipolitische Zusammenlegung des Staatsrats entspricht durchaus nicht der Stärke der Parteien im Lande. Die Verfassung hat dem Staatsrat, wenn er auch überwiegend nur als Gutachter tätig sein soll, dennoch ziemlich weitgehende Rechte eingeräumt. Meine Fraktion wird die Verfassung natürlich respektieren. Sie wird aber scharf und entschieden jeden über das geschriebene Recht hinausgehenden Anspruch des Staatsrats bekämpfen. Das politische Bewußtsein des Volkes verdrängt keine erste Kammer mehr, keine Neuauflage jenes politischen Petrefakts, wie feinerzeit der Historiker Treitschke das Herrenhaus genannt hat. Jeder dahingehende Versuch der rechten Seite des Staatsrats müßte zu heftigen Konflikten und zur Unterbindung einer ersprießlichen Tätigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung führen. Auch aus diesen Gründen wird darum meine Partei den Anspruch, den Staatsrat zu einem bevormundenden Oberhaus zu machen, entschieden bekämpfen.

Diese entschiedene Erklärung war sehr am Platze!

Wilhelms Angst vor Bismarck.

Vor dem 10. Senat des Kammergerichts fand heute die Berufungsverhandlung des Prozesses um den dritten Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ statt. Das Landgericht I hatte diesen Prozeß bekanntlich zugunsten der lägerlichen Partei, des Kaisers, entschieden und dem Verlag Cotta die Veröffentlichung untersagt. Inzwischen ist der dritte Band im Ausland veröffentlicht worden.

In der heutigen Verhandlung wurde vom Vertreter der Buchhandlung Cotta das Urteil des ersten Instanz scharf kritisiert. Dieses Urteil stellt bekanntlich die politischen Gelegenheitsbriefe Wilhelms als individuelle Geistesprodukte hin, dem der Schutz des Urheberrechts zustehe. Demgegenüber führte der Vertreter Cottas aus, daß diese Briefe nichts Schöpferisches, Zeitloses anhalte, daß nach der Definition des Landgerichts auch jedes beliebige Telegramm schutzfähig, zum „literarischen Werk“ gestempelt werden kann, und daß, wenn Bismarck etwa die Briefe in indirekter Form wiedergegeben hätte, niemand daran hätte Anstoß nehmen können.

Der Gerichtsvorsitzende war sorgsam bemüht, die Parteien davon abzubringen, die betreffenden Briefe zu verlesen, damit nicht auf diese Weise eine „Veröffentlichung“ erfolge. (Die Briefe sind längst bekannt.) Der Vertreter des Kaisers zog sich im wesentlichen darauf zurück, daß der Verlag Cotta mit dem Bismarck'schen Erben (aber nicht mit Wilhelm, Red. d. B.) einen Vertrag geschlossen hätte, bei Lebzeiten des Kaisers den Band nicht zu veröffentlichen. Selbst wenn man von dem Urheberrecht Wilhelms absehe, müsse daran die Veröffentlichung scheitern. — Das Urteil wird erst in einem späteren Termin verkündet werden.

Das Vertrauensvotum für Deland ist mit 391 gegen 157 Stimmen angenommen worden.

Den Kampf aufgegeben hat der englische Abg. Pemberton Billing. Nach heftigen Konflikten mit dem Sprecher legte er sein Mandat nieder, weil es unmöglich sei, in einem von Lord George beherrschten Parlament seine Unabhängigkeit zu wahren.

Theater-Orgeß in Darmstadt.

Aufführung von Kasimir Edschmids „Kean“.

Dem Dichter, dem Regisseur, dem Bühnenmaler, den Darstellern, der Kostümentwerferin den aufrichtigsten Dank zuvor.

Doch das Stück trete zurück. Hier hat der Standal den Vortritt.

Warum piffen Juristen und Unbedröhte auf mitgebrachten Teufelspfeifen, Fußballschiedsrichterpfeifen, Torpedopfeifen, Schläffel größten Kalibers, die aus Haustüren des 15. Jahrhunderts zu stammen schienen? Um das alles eingehend zu begründen, müßte man lange Spalten füllen. Hier nur einiges: Es gibt der künstlerischen, ehemals großherzoglichen Marstallburden nebst femininem Anhang in Darmstadt massenhaft, die in Fürstenerhimmeln im Willenbruchstil groß geworden sind und sich nicht in ihren Gehirnganglien ausdrücken können, daß diese Zeit auch in der Kunst vorbei ist. Dieser Clique gefällt auch der neue Intendant nicht, Gustav Hartung, der in kurzer Zeit das bühnische Landes-Theater aus der Vera künstlerischer Stagnation zu künstlerischer Höhe geführt hat. Daß er diesen Elementen an der Darm. die in Ehrfurcht erstarben, wenn ein Prinzchen die Hofloge betrat, und je nach den Rangstufen auch im Theater in den verschiedenen Rängen gottgemäß verteilt waren, nicht Konjessionen machte, das ist das „Berechnen“ Hartungs, das ihm die ehemalige Hofdamen nicht verzeiht.

Nun ist Hartung — wie jeder echte Künstler — kein Tagespolitiker. Er ist Künstler und will nur Künstler sein. Er will seine Theaterbesucher mit der guten jüngsten Literatur vertraut machen. Das versteht diese Alt-Darmstädter „Orkeßschaft“ nicht.

Nun könnte jemand, der das Werk Edschmids nicht kennt, meinen, daß „Kean“ unerhört scharf die bößliche Reaktion angreife. Dann hätte der Puff wenigstens noch ein Fünftchen von Berechtigung. Aber nicht einmal das ist der Fall. Das Edschmid'sche Schauspiel ist nichts anderes als eine Enttöschung und Modernisierung der früher so viel in Deutschland gespielten von Dum a dramatisierten Geschichte des großen, von Frauen vergötterten englischen Schauspielers Kean, der nach einem toben Bohemienleben, das ihn zur gleichen Zeit in die vornehmste englische Gesellschaft wie in die schlimmsten Apachen- und Verbrecherkreise führt. Die vorkommenden „Aristokraten“ sind nicht einmal hervorragend portretiert dargestellt. Der Prinz von Wales hat sogar viel sympathischer Menschliches. Nun hat zwar Edschmid einige bissige Aphorismen im Dialog. Aber nichts, was selbst einen entragierten „Orgeß“-Bruder aufreizen könnte. Das Werk schließt sogar im hohen Ethos. Die Aufführung zeigt eine Regieleistung ersten Ranges. Einheitliche Disziplin beherrschte sämtliche Darsteller vom kleinsten Statisten bis zu den führenden Künstlern.

Es war also nichts an der Aufführung, was den Kadaubrüder zum Standal hätte Anlaß geben können.

Besonders nach dem Akt in der Apachenstube und nach Schluß gab es hitzige Kämpfe. Aber je mehr die Bonansen piffen, desto tobender war der Beifall.

Eines ist erfreulich, Hartung wird den Darmstädter Jopfgestirnen die Stirn bieten. Die Demonstration galt aber auch Kasimir Edschmid, der ob seines schriftstellerischen Freiheits als Darmstädter viele Feinde unter dem Darmstädter Ruderium hat.

Mag. Ed. Troll.

Die erste Berliner Kunstausstellung. Die Zeit der Kunstausstellungen ist wieder herangekommen, und wieder bietet auch die „Große Berliner“ einen Ueberblick über die Jahresernte der Künstler. Diese massenhaften Ausstellungen von Kunst, die eine zweifelhafte Errungenschaft der neueren Zeit darstellen, sind in Berlin noch nicht 150 Jahr alt. Wie Dr. Georg Ralfowstky im „Sammler“ erzählt, fand die erste Berliner Kunstausstellung im Jahre 1786 statt. Sie war von der Akademie der Künste veranstaltet. Der 46 Oktavseiten umfassende Katalog zählte 347 Nummern auf, die ausführlich beschrieben wurden. Im ersten Zimmer dieser Ausstellung waren auf der einen Seite die Fleischproben der Akademiehalter untergebracht, auf der anderen Seite Arbeiten kunstliebender Dilettanten. Unter den 20 ausstellenden Amateuren befanden sich außer vier Prinzen und dem jungen Alexander von Humboldt elf Damen. Das zweite Zimmer enthielt die Werke auswärtiger und fremder Künstler, die in Berlin gelebt; es waren aber unter den acht „Ausländern“ fünf Poissdamer. Den dritten Raum hatten die Akademiker belegt. Der bedeutendste unter den Akademikern, Thodoroski, zeigte eine Illustration zu Lessings „Nathan“, außerdem ein: Folge von Stichen zu Pestalozzis „Benhard und Gertrud“. Im vierten Zimmer war eine Sammlung von Gipsen, im fünften der Besitz der Akademie an älteren Meistern zu sehen.

Die maskierte Schilde. Zu unserem Bericht über „Die Schilde“, die mit dem Kopfe modelte“ in Nr. 239 schreibt uns Genosse Mag Schütte: „Ich möchte Ihnen dazu eine Beobachtung berichten, die ich an einem solchen Tiere gemacht habe. Als Student laufe ich in Leipzig eine europäische Sumpfschildekröte und brachte sie nach Ablauf des Semesters in meine Heimat. Da bemerkten wir eine auffällige Erscheinung. Im Hauptzimmer meiner Eltern standen auf Tischen mehrere Vogelbauer, dessen In-fassen oft lautes Geschrei erhob. Wenn ich die Schildekröte bei mir in dem angrenzenden kleinen Zimmer hatte und hier der Lärm der Vögel zu hören war, froh sie, wenn die Lüre geöffnet war, regelmäßig heraus und in das große Zimmer, und hier in gerader Richtung zu den Vögeln hin und laufte mit aufgerichtetem Kopfe stundenlang deren Gesang, der sie offenbar mächtig anzog. Im Oktober ging ich zur Fortsetzung meiner Studien nach Berlin und nahm die Schildekröte mit, tehrte dann mit ihr in den Weihnachtsferien zu den Eltern zurück. Ich setzte sie in das kleine Zimmer. Doch sofort machte sie sich auf die Beine, fand ihren Weg in das Hauptzimmer und zu den Vögeln wieder und nahm hier den alten Platz ein, hatte somit trotz der Abwesenheit von

mehr als zwei Monaten die Stütze sogleich wiedererkannt, ein neuer Beweis, daß die Schildekröten keineswegs „unintelligent und phlegmatisch“ sind.“

Die Kokainseuche. Das Kokainschnupfen ist erst während des Krieges auf dem Wege des internationalen Opiatverkehrs zu uns gekommen; vorher kannte man nur das Einpfeifen von Kokainlösungen auf das Zahnsfleisch oder andere Schleimhäute, sowie gelegentlich das Einspritzen. Die Wirkung des Kokainschnupfens äußert sich in Heiterkeit, Geschwätzigkeit usw., der Puls wird beschleunigt, die Pupillen erweitern sich, man findet sich „schöner aussehend“. Das Gefühl für Hunger und Anstrengung schwindet. Aber bei Gewöhnung tritt ein rapider Verfall ein. Morphinsten, die noch Kokain nahmen, verloren in einigen Monaten 20—30 Proz. ihres Körpergewichtes. Sie werden bleich, grau, weiß, die Augen fallen ein, Schlaflosigkeit stellt sich ein, schließlich Geistesstörung, besonders Verfolgungswahn. Oftmals begehen die Kokainisten Selbstmord, weil sie glauben, ihren Verfolgern nicht entgehen zu können. Kokainisten leiden unter allerlei Halluzinationen, sie sehen dunkle Flecke und Löcher auf weißen Gegenständen, fühlen Käser in der Haut, laufen mit ungewaschenen Händen und in unordentlicher Kleidung herum. Sie schreiben ellenlange Briefe mit Schachtelsätzen und vielen Anmerkungen, inhaltlich voller lächerlicher Phantasien; jedes Gefühl für Ehre, Wahrheit und Recht ist ihnen abhanden gekommen. Geheimrat Peppmann in Berlin, der sich mit dem Kokainismus in seiner gerichtlichen Bewertung (der Kokainist als Zeuge, als Angeklagter usw.) beschäftigt hat, ist der Ansicht, daß diejenigen, die der Kokainseuche verfallen, schon von Hause aus geistig minderwertig gewesen sind. Spiel-leidenschaft, Hang zu Verwerflichkeiten und Kokainismus gehen Hand in Hand, und diese Dreieit ist es auch, die jetzt in unseren Nachtlokalen die neueste Entwicklung unserer Lebewelt beiderlei Geschlechts charakterisiert.

Erkennungen der Woche. Dienst.: Neues Volkstheater „Die St. Jakobskirche“. — Mittw.: Kammerpiele: „Der Strahburi“. — Donn.: Schmaltheater: „Die Ballerina“. — Freit.: Schauspielhaus: „Stroh“, „Die Fliege“.

Uraniborträge. Sonntag, Montag, Freitag, Sonnabend: „Der Harg“. — Dienstag: „Die Schönheit der deutschen Landschaft“. — Mittwoch: „Die Sternmarke“. Am Donnerstag spricht Theo Rodeneller über den „Modernen Lustvertrieb“.

Große Volksober Berlin. Als letzte Opernaufführung in dieser Spielzeit geht in der Neuen Welt, Montag, „La Traviata“ in Szene. Die Schwarz-Weiß-Ausstellung der Akademie am Berliner Platz ist nur kurze Zeit dem Publikum zugänglich, und zwar täglich, auch Sonntags, von 10 bis 5 Uhr.

Zu der Volksbühne ist Carl Hauptmanns Drama „Die lange Aule“ mit Johanna Koch-Sauer in der Titelrolle und Ernst Stahl-Rachbauer als Schuster Drehtblatt in Vorbereitung. Regie: Edgar Altich. Bühnenbilder Hans Strohsch.

Für die Reform der Rechtschreibung. Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin des Bundes einheitlicher Schulreformer richtet an die Regierungsinstanzen, insbesondere den Reichsschulsausschuß, die dringende Bitte, bei der Neuordnung der Rechtschreibung mindestens die Großschreibung der Dingwörter abzuheben.

Der Fall Sält.

Die Kommission, die seinerzeit bei der Zeugenvernehmung im Fall Sält im Polizeipräsidium anwesend war, übersendet uns einen Bericht mit dem Ergebnis der inzwischen von ihr angestellten Nachforschungen. Diesen Bericht hat nach Einleitung die Mehrheit der Kommission angenommen. Wer die ablehnende Minderheit war und aus welchen Gründen sie sich den Ausführungen der Mehrheit nicht anschließt, entzieht sich unserer Kenntnis.

Der erste Teil des Berichts enthält die schon bekannten Behauptungen, daß Sält acht Stunden ohne ärztliche Hilfe gelassen worden sei, daß die Leiche Sälts bereits fünf Stunden nach dem Tode durch einen nicht berechtigten Arzt obduziert worden sei, die Behauptungen des Dr. Brammer über den Suizid, den ein Offizier der Schutzpolizei dem verletzten Sält gegeben haben soll mit den Worten: „Berrecke Du Nas“. Es wird weiter in dem Bericht gesagt, daß eine Zeugin sich errietet zu bekunden, daß dem Mörder Sälts namhafte Geldzuwendungen gemacht worden sind. Der Bericht knüpft daran den Verdacht, daß es sich bei der Erschießung Sälts um einen vorbedachten Mord handele und sagt weiter:

Dieser Verdacht wird ferner durch die Persönlichkeit des Täters, des Kriminalwachmeisters Albert Janide, wohnhaft Oldenburger Straße 55, sowie seine persönliche und politische Vergangenheit wesentlich gestützt. Janide ist aus dem Felde als Gehirnhypophysitis zurückgekommen und lebt seit der Zeit infolge seiner Krankheit mit seiner Frau in äußerstem Unfrieden. Er ist ein jähzorniger, brutaler, gewalttätiger Patron, der seine Frau mit dem Beil derartig schwer verletzt hat, daß dieselbe sich in ärztliche Behandlung begeben und längere Zeit das Bett hüten mußte. Dieser Mann ist fernerhin ein Freund des bei jeder gemeinen politischen Verspottung lästigen „Kotau“. Mit ihm zusammen war er Mitglied in der berüchtigten Abteilung Kessel der Brigade Reinhardt. Die Staatsanwaltschaft kann sich durch Einsichtnahme in die Gerichtsakten Nr. 67 J. 168/21, 124/21 und Ehescheidungsakten Nr. 70/R. 666/19 der 34. J. R. d. E. G. 1 davon un schwer überzeugen, daß obige Angaben auf Wahrheit beruhen.

Die Kommission verlangt die sofortige Anklageerhebung gegen Janide und seine sofortige Verhaftung sowie die sofortige Suspendierung der oberen Instanzen, die mit dieser Sache in Verbindung standen.

Wir können zu diesen Ausführungen erst Stellung nehmen, wenn wir wissen, wie die Kommission zu ihren Resultaten gekommen ist und warum eine Minderheit ihre Feststellungen ablehnt. Der Bericht macht — namentlich in einigen von uns hier nicht glücklichen Sätzen — den Eindruck, einer sehr starken parteipolitischen Voreingenommenheit gegenüber dem Polizeipräsidenten Richter, dem Staatskommissar Weismann usw.

Auch ist auffällig, daß der Hauptinhalt des Berichtes bereits mehrere Tage, bevor er uns offiziell zugesandt wurde, in der „Kotau“ stehen konnte. Auch diese Art der Sachbehandlung bedarf der Aufklärung.

Kathenau nimmt an.

Nach den PM. besteht darüber kein Zweifel mehr, daß Walter Rathenau den Posten des Wiederaußenministers annehmen wird. Die Besetzung dürfte im Laufe des morgigen Tages erfolgen.

Kahr verzögert.

München, 28. Mai. (WZ.) Im Staatshaushaltsausschuß des Landtages gab Ministerpräsident v. Kahr heute folgende Erklärung ab:

„Durch die Annahme des Ultimatums der alliierten Regierungen steht sich der Reichstag, die Reichsregierung und die bayerische Regierung vor neue Entscheidungen gestellt. Die bayerische Regierung ist bemüht, diese im Einvernehmen mit der Reichsregierung zu treffen. Ich hatte gehofft, daß die endgültigen Verhandlungen mit der Reichsregierung bis gestern würden zum Abschluß gebracht werden können. Durch die Abwesenheit des Reichskanzlers von Berlin haben aber die Verhandlungen eine Verzögerung erfahren und konnten noch nicht zum Abschluß gebracht werden, so daß weder der Ministerrat noch die Koalitionsparteien bisher in der Lage waren, in dieser Sache abschließende Stellung zu nehmen. Zu meinem Bedauern kann ich daher heute noch nicht über die Sache Mitteilung machen. Sobald der Stand der Verhandlungen es gestattet, werde ich den Ausschuß informieren. Ich hoffe, daß dies am Montag der Fall sein wird.“

An die Erklärung des Ministerpräsidenten schloß sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte, in der die Redner der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und der Kommunisten ihre Nichtbefriedigung über die Worte des Ministerpräsidenten Ausdruck gaben. Namens der Koalitionsparteien erklärte Wg. Speck sich durch die Erklärung des Ministerpräsidenten für vollständig befriedigt. Der Vorsitzende des Ausschusses stellte schließlich fest, daß der Ministerpräsident am Montag eine weitere Erklärung abgeben werde.

Die Reparation.

Paris, 28. Mai. (WZ.) Zum Vorsitzenden der Zweigstelle der Garantiekommision in Berlin ist der Franzose Rauclore ernannt. Als Präsident für den Hauptteil der Garantiekommision in Paris kommt wahrscheinlich der Franzose Lannery in Betracht. Die Kontrollkommission in Berlin wird von dem sogenannten Informationsdienst der Wiederherstellungskommission besorgt werden, der bereits im Betrieb ist.

England und der Heynen-Prozess.

London, 28. Mai. (WZ.) Zum Prozeß gegen die deutschen Kriegsbefehlshaber sagte der Lordkanzler, es sei nicht seine Sache, irgendwelche Bemerkungen zu dem ersten ergangenen Urteil zu machen, aber der sich in einer schwierigen Lage befindende Präsident des Gerichtshofs habe einige Bemerkungen von großem Werte gemacht. Es sei eine Überraschung gewesen, daß der Präsident Worte der Verurteilung gefunden habe, als das „rohe preussische System“ mit Nachdruck von dem militärischen Sachverständigen vertreten wurde, und gleichfalls sei es überraschend gewesen, daß der Präsident in der Urteilsbegründung gesagt hat, daß Leute wie der Angeklagte, die den guten Ruf der deutschen Armee beschmutzt haben, sie in der ganzen Welt verhaßt gemacht haben. Es läge nicht in der Absicht der Alliierten, die „bloody assize“ in die Länge zu ziehen, um die Blut dieses unglücklichen Krieges weiterglücken zu lassen. Aber er dürfe wohl annehmen, daß das Ergebnis der Leipziger Prozesse eine kleine Garantie dafür bieten würde, daß eine Erneuerung der schlimmsten Kriegsgreuel wahrscheinlich vermieden werden würde.

Anmerkung des Reuterschen Bureau: „Bloody assize“ nennt man die Gerichtsverfahren, die von dem Richter Jeffreys geleitet wurden, der nach Westengland geschickt worden war, um die Rebellen des Herzogs Monmouth nach ihrer Niederlage im Jahre 1685 zu verurteilen. Ueber 300 Personen wurden nach kurzer Verhandlung hingerichtet, 1000 Personen als Sklaven auf die amerikanischen Pflanzungen verschifft.

Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht.

Im Prozeß Müller vor dem Reichsgericht begann die heutige Verhandlung mit der Vernehmung des englischen Zeugen Helms, der von dem Zwange Kranker zur Arbeit und ungeschmäher Behandlung der Geschwüre der Kranken durch die deutsche Mannschaft erzählt. Mißhandlungen durch den Angeklagten selbst hat er nicht gesehen, dagegen das Hineinreiten in die Gefangenen. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat er je einen Gefangenen angebanden gesehen. Die beiden Ausreißer, von denen öfter die Rede war, waren nicht angebanden, sondern mußten nur in der Mitte des Lagers stehen und

In die Sonne sehen.

Feldwebel Schubert habe ihn, den Zeugen, geschlagen, wobei Müller in der Nähe gestanden habe. Auch wenn andere Leute mißhandelt wurden, habe Müller zugehört.

Der Angeklagte glaubt nicht, daß Schubert es gewagt haben sollte, Mißhandlungen zu begehen.

Der englische Zeuge Brett behauptet u. a., Müller sei bei verschiedenen Gelegenheiten teilnahmslos an den gestorbenen Gefangenen vorübergegangen.

Der Präsident verweist darauf, daß nach den bisherigen Feststellungen bis zu Müllers Fortgang nur ein Gefangener gestorben sei. Der Zeuge hält aber seine Angaben trotz des Hinweises auf die Heiligkeit des Eides aufrecht.

Nicht Kahr, sondern Bayern soll der neue Hapagdampfer heißen, den Kahr am 2. Juni taufen soll. Angabe wie Verichtigung haben wir den „Post“. In dem Namen Bayern ist natürlich keine Provokation zu erblicken, die Absicht dieser Romengebung kann man nicht nachprüfen.

Groß-Berlin Parks im Norden.

Alle Eichen und hohe Weymouthsleichen, deren materischer und doch wieder so hoherwertiger Anblick einem wohnenden Menschen so leichtgeschürzten Birken, weit ausladenden Kastanien und süß duftenden Magnolien bilden, sind an dem alten Schloßpark von Rieberschönhausen zu den lieblichsten Bildern vereinigt.

In zahlreichen Windungen durchfließt ihn die Panke, hurtig wie ein Gebirgsbach, und führt Zweige und Blätter oder Unkraut mit sich, das fleißige Hände aus den kleinen Gärten an ihrem Ufer entfernten. Ungezählte Strudel geben ihrem Lauf etwas Unruhvolles. In emsiger Arbeit unterhöht sie die Ufer und ist bestrebt, ihr Bett zu verbreitern. Raste Wurzeln zeugen von diesem Schöpfen. Mit Bäumen beständige Inseln werden von ihr mit Beharrlichkeit umwoben. Brücken führen über sie hinüber, die jetzt von profanen Eisengittern eingerahmt sind, denn die viel hübscheren Holzgeländer, die sonst an japanische Brückenbauten erinnerten, sind während des Krieges verschwunden. Am Ausgang des Parks nach der Schloßstraße zu, rauscht ein kleiner Wasserfall, in dessen Nähe sich die berühmte „Rübezahl-Bühne“ befindet, die in Wirklichkeit eine Kiefer ist. Wer über hinreichende Phantasie verfügt, erkennt ein unförmiges Gesicht am Stamme, und es macht insbesondere den Kindern viel Vergnügen, es zu entdecken und zu deuten.

Das alte und äußerlich einfache Schloß, das lange Jahre hindurch leer stand, bildet den Abschluß der Schloßallee, die nach der Strauchmiese führt und die nach dem Ehersworte eines Schalkes ihren Namen von den „Strauchräubern“ an der Panke erhalten haben soll. Das Bezirksamt des 19. Bezirks hat beim Magistrat Berlin beantragt, dieses Schloß in ein Volkshaus umzuwandeln, und es wäre im Interesse der bisher recht stiefmütterlich behandelten Bevölkerung des Nordens zu wünschen, daß dieser Plan in die Tat umgesetzt würde. Lange Zeit ist behauptet worden, daß das Schloß zu baufällig sei, jedoch hat eine Untersuchung ergeben, daß es nach Vornahme notwendiger Reparaturen durchaus seinem neuen Zwecke dienen könnte. Der Park macht im ganzen einen etwas ungepflegten und deshalb auch sehr natürlichen und anheimelnden Eindruck, im schroffen Gegenlag zum Bürgerpark, der von der Gemeinde Pantow seinerzeit angekauft wurde und äußerst sorgfältig gepflegt ist.

Dieser Park, der von der Panke gegen die Schönholzer Heide nach Norden hin abgegrenzt ist, enthält viele Statuen aus der Rokokozeit, die aber fast durchweg von Wind und Wetter hart mitgenommen sind. Der Restaurationsbetrieb und Konzerte ziehen zahlreiche Besucher heran. Und doch ist der alte Schloßpark viel schöner, besonders dann, wenn in lauten Nächten Nachtigallen singen.

Arbeit für das Wohnungsamt.

Gegen Wohnungsabweisungen sollen die Wohnungsämter rücksichtslos einschreiten. Im Hinblick auf manche Vorkommnisse ist in der Bevölkerung die Ansicht verbreitet, daß nur zu oft der richtige Wohnungssünder sich dem rührenden Arm des Wohnungsamtes zu entziehen weiß. Andererseits sind uns Fälle bekannt geworden, in denen wegen vermeintlicher Wohnungsabweisung gegen Leute vorgegangen wurde, die wahrlich in gutem Glauben gehandelt und abnungslos gegen die Bestimmungen verstößen hatten. Wir können nur allen Wohnungssuchenden dringend empfehlen, sich niemals unter Umgehung des Wohnungsamtes ein Quartier zu beschaffen und sich dabei auch nicht auf beschwichtigende Worte des bisherigen Wohnungsinhabers oder des Hauswirtes zu verlassen.

Vor kurzem ist solche Vertrauensseligkeit wieder einer Witwe zum Verhängnis geworden, die in Berlin im Hause Lionskirchstraße 6 eine Wohnung übernommen hatte. Sie war bei einer anderen Wohnungsinspektion als Wohnungssuchende notiert, erfuhr aber privatim im Herbst vorigen Jahres, daß in dem genannten Hause eine Wohnung frei würde. Der Wirt soll dem bisherigen Inhaber, der aus Land gegangen war und aus dem Reichsvertrage entlassen werden sollte, nahegelegt haben, sich nach einem Ersatzmieter umzusehen. Die Mietslustige äußerte gegenüber der Wirtin einige Bedenken, erhielt aber die Antwort, mit der Wohnungsinspektion werde alles geregelt werden. Sie zog dann ein, aber schon nach wenigen Wochen kam ein Beamter der Wohnungsinspektion und erklärte ihr, sie habe kein Anrecht auf diese Wohnung und müsse sie wieder hergeben. Die Verhandlungen hierüber zogen sich bis in den Mai 1921 hin, dann sah die bedrängte Mieterin keine weitere Möglichkeit, sich in der Wohnung zu behaupten und zog aus, um der ihr zum unwillkürlichen allerletzten Male angedrohten Zwangsäumung zu entgehen. Sonderbar ist, daß noch zehn Tage nach dem Auszug der Frau die Wohnung unbenutzt stand — und vielleicht wohnt auch heute noch kein neuer Mieter darin.

Nach sonderbarer ist, daß in demselben Hause, wo diese bescheidene Wohnung von der Frau hergegeben werden mußte, die Wirtsfamilie bisher einen ganz unnötigen Wohnungszug hat treiben dürfen. Der Wirt hat für sich, seine Frau und seine zwölfjährige Tochter im Erdgeschoß des Vorderhauses fünf Zimmer und Küche; ein erwachsener Sohn benutzt im ersten Stockwerk ein einzelnes Zimmer, das als Koststube für eine alleinlebende Frau sehr gut zu verwenden wäre; die Hausangestellte der Wirtsfamilie ist in einem kleinen Zimmer des vierten Stockwerkes untergebracht; und schließlich bewohnt die alte Mutter des Wirtes im ersten Stockwerk des Seitengeschosses ganz allein eine besondere Wohnung von zwei Stuben und Küche. Was hat die Wohnungsinspektion getan, auf den Wirt dahin einzuwirken, daß mindestens die alte Mutter und womöglich auch der erwachsene Sohn, der sein besonderes Zimmer nicht zu beruflicher Tätigkeit braucht, sich mit der Familie zusammen in der Wohnung von fünf Zimmern einquartieren?

Ueber den großen Teich verschoben.

Mit einem Teppichdiebstahl in New York beschäftigt sich die Kriminalpolizei. Aus dem Pennsylvanien-Hotel in der amerikanischen Hofenstraße wurde ein sehr kostbarer Brüsseler Teppich gestohlen, der aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts stammt. Man vermutet, daß die Diebe ihn nicht in Amerika, sondern in einer europäischen Großstadt zu Geld zu machen versuchen. Der Teppich, der sich im Hotel im Speisezimmer befand, enthält eine Darstellung aus der Apostelgeschichte. Im Mittelpunkt sieht ein römischer Kaiser auf dem Thron. Ihn umgeben Männer seines Gefolges. Vor ihm sitzen ein bärtiger Mann mit bittenden Gebärden und Männer, die sich unterhalten. Den Hintergrund bildet eine Palastarchitektur. Die Bordüre zeigt oben Feste und feilich und unten eine Landschaft mit Tieren und Figuren auf. Auf die Wiederbeschaffung des kostbaren Teppichs ist eine Belohnung von 5000 Dollar ausgesetzt. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Gennat im Zimmer 105 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Feuer auf dem Untergrundbahnhof Senefelderplatz.

Durch ein heute nacht auf dem Untergrundbahnhof Senefelderplatz ausgebrochenes Feuer ist eine Störung im Betriebe der Hoch- und Untergrundbahn entstanden. Die Fahrgäste müssen auf dem Bahnhof Alexanderplatz umsteigen, da der Verkehr nach dem Nordring nur durch Rotbetrieb erhalten werden kann. Der Umformer auf dem Bahnhof Senefelderplatz ist durch das Feuer unbrauchbar geworden, und so muß denn der Strom für den Rotbetrieb dem Hochbahnkraftwerk in der Trebbiner Straße entnommen werden. Das Feuer ist aus bisher ungeklärter Ursache im Maschinenraum des Bahnhofes entstanden, wo baumwollene Luftreinigungsfilter in Brand geraten waren, die alsdann Holzrahmen entzündeten. Infolge der Quaim-entzündung entstand unter den Fahrgästen große Aufregung, die sich jedoch nach dem Erscheinen der Feuerwehr legte. Das Feuer konnte auf den Maschinenraum beschränkt werden.

Eine große Rallye veranstaltete die Kriminalpolizei in der vergangenen Nacht am Schlesischen Bahnhof. In der Umgebung der Bahnhofes und in den angrenzenden Straßen, der Fruchtstraße, der Madistraße usw. trieben es auf offener Straße und in Lokalen Dirnen, Zubehälter, Fallstricker und andere Betrüger zuletzt so arg, daß ein besonderes Eingreifen notwendig war. Die Beamten der Streife B I räumten deshalb in der vergangenen Nacht sieben Lokale gründlich auf. Sie brachten 83 Gäste auf einem Lastkraftwagen nach dem Polizeipräsidium. Mehrere suchten zu entweichen. Alle wurden jedoch wieder eingefangen. Unter den Angehaltenen befanden sich 3 wölfl, die schon länger gesucht wurden. Sie wurden in Haft behalten, die übrigen einstuellen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Krolloper. Der Verein Volksbühne beabsichtigt, infolge seiner ständig wachsenden Mitgliederzahl nun endlich die frühere Krolloper würdig auszugestalten, um dort mit dem Personal der Staatstheater Opern- und Schauspielvorstellungen zu erhaltenden Preisen zu veranstalten. Jedoch benötigt der Verein noch rund sieben Millionen Mark zur Ausführung dieses Planes, und die Hypothekendarlei verlangt als Geldgeberin für dieses Darlehen die Bürgschaft der Stadtgemeinde Berlin für Kapital und Zinsen und hypothekarische Eintragung an erster Stelle auf dem Theatergrundstück am Bismarckplatz. Auf diesem Grundstück liegen jetzt an erster Stelle Hypotheken für die Stadt Berlin von insgesamt 1,5 Millionen Mark, fernerhin 2 1/2 Millionen und außerdem noch 15 000 Mark. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, nach der die Stadtgemeinde Berlin für ein von der Volksbühne aufzunehmendes auf dem Theatergrundstück am Bismarckplatz grundbuchlich einzutragendes Darlehen bis zum Betrage von 7 Millionen Mark nebst Zinsen und selbstschuldnerische Bürgschaft übernimmt und daß die auf diesem Grundstück eingetragenen Hypotheken der Stadtgemeinde Berlin im Range hinter das Darlehen und hinter die jetzt an zweiter Stelle eingetragene Hypothek von einer Million Mark treten.

Die letzte Bezirksversammlung des 17. Verwaltungsbezirks (Clichéplatz) hatte eine außerordentlich reichhaltige Tagesordnung, so daß nach vierstündiger Beratung die Beratung beschlossen wurde. Zunächst erfolgte die Einführung des Bezirksverordneten Genossen G. Schulze. Die Aufstellung des Etats 1921 war diesmal ungewöhnlich schwierig, da die Haushaltspläne der früheren Einzelgemeinden des Bezirks nach dem Berliner Musterentwurf hineingearbeitet werden mußten. Er schließt mit einem Mehrbedarf von 20 1/2 Millionen Mark ab. Nach kurzer Besprechung wurde der Etat einer 15gliedrigen Kommission überwiesen, der unsere Genossen Arndt, Baranowski und Schulze angehören. Die Bezirksversammlung beschäftigte sich auch mit der Schließung des im Bezirk gelegenen Augusta-Bischoff-Krankenhaus. Alle Fraktionen forderten umgehende Wiedereröffnung durch den Berliner Magistrat, desgleichen wurde eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß die im 17. Bezirk gelegene Kinderheilstätte der WZ. Berlin nicht geschlossen werden solle.

Für Pausen. Eine gut besuchte Elternversammlung, einberufen von den SPD-Elternbeiräte der 7. Abteilung, beschäftigte sich mit den Plänen des Oberstadtschulrats Pausen. Die Genossen Pastor Franke und Lehrer K. Koch führten der aufmerksamen Zuhörerschaft die Ideale und Ziele des Oberstadtschulrats in eindrucksvoller Weise vor Augen. Ein dem Elternbund angehöriger Deutschnationaler wurde in der Diskussion kurz und gründlich abgefertigt. Folgende Resolution wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. 1. Die am 26. Mai verammelte Elternschaft der 28., 60., 133., 149., 217. und 236. Gemeindeschulen stimmen den Reformplänen des Oberstadtschulrats Pausen zu und fordern die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in dem Bezirk Hofschloßes Tor nach diesen Grundzügen. 2. Die Elternschaft obiger Schulen fordert, daß die Versuchsklassen an den Gemeindeschulen weiter fortgeführt werden.

Wichtig für Steuererfahrene und Arbeitsgeber. Bei der Reichseinkommensteuer für 1920 ist der Steuerpflicht mit dem Steben von Marken nicht genügt. Jeder Steuerzahler hat vielmehr die Pflicht, seine Steuerart bei seiner zuständigen Steuerklasse nach erfolgter Veranlagung vorzulegen, damit die gelieferten Marken auf seine Steuerart in Zahlung genommen werden. Da mit Beginn der Veranlagungen mit einem starken Andrang an den Steuerstellen zu rechnen ist, empfiehlt es sich im eigenen Interesse, die Verrechnung der Marken möglichst schon jetzt vorzunehmen, auch wenn eine vorläufige Veranlagung noch nicht erfolgt ist. Die Arbeitsgeber werden gebeten, ihre Angestellten und Arbeiter auf diese Sachlage hinzuweisen.

Die bau- und wohnungspolitischen Aufgaben der neuen Stadtgemeinde Berlin werden in einer öffentlichen Versammlung behandelt, die am Dienstag, den 31. Mai, 8 Uhr abends, im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, stattfindet. Es werden sprechen: Genosse Heinrich Kauffmann, Professor Straumer, Vorsitzender des Deutschen Architektenbundes, Dr. Ing. Erwin Gustin, Verantw. der Versammlung sind der Ansehlerverein Groß-Berlin, die Vfa, der Bund technischer Angestellten und Beamten (Ortsverwaltung Berlin), Bund deutscher Architekten (Vord. bezirk Brandenburg), die Berliner Gewerkschaftskommission, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Heimstättenausschuß der Gewerkschaften Groß-Berlins, Bund der Verkehrs- und Schutzverbände Groß-Berlins und der Mark, Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft und der Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungsbau.

Im Zoologischen Garten spielen am Sonntag von 4 Uhr nachm. ab die beiden Kapellen der Obermusikkapelle Knack und Koeler. Eintritt 4 Mk. für Kinder unter zehn Jahren die Hälfte. Das Aquarium ist Sonntags von 9-8, in der Woche von 9-7 geöffnet. Eintritt 3 Mk.

Gewerkschaftsbewegung

Aufgehobenes Streikpostenverbot.

Wir melden vor einiger Zeit, daß gegen den Deutschen Bauarbeiterverband, den Christlichen Bauarbeiterverband und den Verband der Maschinisten und Heizer zunächst vom Landgericht Leipzig und später auch vom Landgericht I, Berlin, eine Verfügung erlassen worden ist, die den genannten Gewerkschaften aus bestimmten Anlässen das Postieren von Streikposten untersagte. Die Verfügung des Landgerichts Berlin verbot unter Androhung einer Geldstrafe bis zu 3000 M. für jeden Fall den genannten Gewerkschaften,

Streikposten aufzustellen, durch diese oder in anderer Weise die Fortsetzung der Arbeit zu verhindern, insbesondere Arbeitswillige von der Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme ihrer Arbeit durch Gewalt oder Drohungen abzuhalten, sowie die Bauwerke zu betreten oder Arbeitswillige bei dem Auffuchen ihrer Arbeitsstellen oder deren Vorfällen zu belästigen.

Selbstverständlich erhoben diese Verbände gegen diese Verfügungen sofort Einspruch. Diefem Einspruch ist jetzt von dem zuständigen Berliner Landgericht bezüglich des Christlichen Bauarbeiterverbandes und des Verbandes der Maschinisten und Heizer stattgegeben worden. Die gegen diese beiden Verbände sich richtende Verfügung wurde aufgehoben. Dagegen ist die gegen den Deutschen Bauarbeiterverband sich richtende Verfügung aufrechterhalten worden. Dieser Verband hat daraufhin gegen die Entscheidung des Berliner Landgerichts Revision eingelegt.

Deutscher Beamtenbund und ADGB.

Vom Zeitungsdiens des Deutschen Beamtenbundes wird uns geschrieben: Von unerwarteter Stelle wird uns leicht erkennbaren Gründen die Nachricht verbreitet, daß der Deutsche Beamtenbund im Begriff stehe, durch Anschluß an den Allgemeinen Gewerkschaftsbund den Boden parteipolitischer Neutralität zu verlassen.

Demgegenüber sei festgestellt, daß die Leitung des Deutschen Beamtenbundes zu keiner Zeit beabsichtigt hat, den Anschluß des Bundes an irgendeine der bestehenden Gewerkschaftsrichtungen zu vollziehen. Nach wie vor betrachtet die Bundesleitung sowohl die Wahrung der organisatorischen Selbstständigkeit als auch die Aufrechterhaltung strikter parteipolitischer und religiöser Neutralität als die Grundforderungen für den Fortbestand des Deutschen Beamtenbundes.

Gleichwohl hält die Bundesleitung schon im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung, an deren Fortentwicklung nicht zuletzt auch die Beamtenschaft in hohem Maße beteiligt ist, noch mehr aber aus Gründen wirtschaftlicher und staatsbürgerlicher Selbstbehauptung das Weiterbestehen freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Organisationen sowie ein Zusammenwirken mit ihnen zum Zwecke der Lösung gemeinsam interessierender Fragen für dringend notwendig.

Daß bei Aufstellung der für diese Zwecke erforderlichen verbindlichen Richtlinien von der Leitung des Deutschen Beamtenbundes nicht eigenmächtig über die Beschlüsse der maßgeblichen Instanzen — Bundestag und Bundesauschuß — hinausgegangen werden kann, sollte für jeden Gewerkschaftler als Selbstverständlichkeit gelten.

Etwas über Betriebsvereinbarungen.

Am Donnerstag fand im Gewerkschaftshaus eine Sitzung der Betriebsräte der Sektion II des Transportarbeiter-Verbandes statt. Genosse Bachhaus sprach in eingehender und klarer Weise über das zeitgemäße Thema „Arbeiterrecht“. An diesen Vortrag schloß sich eine lebhaft und ausgedehnte Diskussion an, in der recht eigenartige Präzedenzfälle der Unternehmer belanggegeben wurden. So sandte z. B. der Inhaber einer Expeditionsfirma seinen Arbeitern folgendes Schreiben:

„Wir kündigen Ihnen hiermit zum 13. d. M. die Arbeit, sind aber bereit, nach Ablauf dieser Zeit ein neues Arbeitsverhältnis mit Ihnen zu vereinbaren.“

Der Zweck dieser Kündigung konnte nur eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sein. Mit Recht schritt hiergegen der Betriebsrat ein, indem er sich auf die gesetzlichen Bestimmungen berief, wonach Kündigungen überhaupt erst erfolgen dürfen, wenn die Arbeit soweit gestreckt ist, daß nicht länger als höchstens 24 Stunden gearbeitet wird. Hierbei trat in Erscheinung, daß die Betriebsräte die gesetzlichen Bestimmungen selbst nicht genügend kennen. So hatten z. B. Arbeitgeber ohne Beachtung der vorgeschriebenen Ankündigungsdauer eine Arbeitszeitverkürzung angeordnet. Es wurde daher wiederholt darauf verwiesen, daß der Arbeitgeber nicht von heute zu morgen eine solche Beschränkung einführen kann, sondern bei Ankündigung einer Beschränkung für die Dauer, die für den Betrieb als Kündigungszeit gilt, noch in der bisherigen Zeit arbeiten lassen muß. Wo eine Kündigungszeit von vier Wochen vereinbart ist, darf also die Beschränkung der Arbeitszeit erst nach vier Wochen, gerechnet vom Tage der Ankündigung, eintreten. Wo einjährige Kündigung besteht, kann sie allerdings schon nach einem Tage erfolgen. Ist über Kündigungszeit nichts vereinbart, so tritt die gesetzliche Frist von 14 Tagen in Kraft. Beachtet der Arbeitgeber diese Fristen nicht, so ist der Arbeiter berechtigt, bis zum Ablauf dieser Fristen den vollen Lohn zu beanspruchen.

Im Potsdamer Straßenbahnerstreik ist keine Veränderung eingetreten. Montag werden die Gesamtbetriebsräte der städtischen Werke zum Streik Stellung nehmen.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Der Tarifvertrag zwischen der Häuteverwertung vereinigt Grohschlächter und dem Zentralverband der Fleischer, Ortsgruppe Berlin, ist für diesen Berufsreis und der Einheitsgemeinde Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. November 1920. Die Kollegen in allen in Frage kommenden Betrieben müssen darauf achten, daß nunmehr die Tariflöhne gezahlt werden. Wo noch Lohnunterschiede bestehen, müssen dieselben die Nachzahlung ab 1. November 1920 verlangen. Der Lohn beträgt für männliche 300 M. und für weibliche Arbeiter 210 M.

Streikkonferenz in London.

Lloyd George, Sir Robert Horne und andere Mitglieder der Regierung hielten gestern die angekündigte Konferenz mit den Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern ab. Lloyd George hielt eine lange Rede, in der er erklärte, es sei natürlich, daß die Löhne nicht sofort herabgesetzt werden könnten. Es müsse ein Abkommen von langer Frist zustandegebracht werden, damit der Industrie Kohlen zu solchen Preisen geliefert werden könnten, die gewisse Gewinne ermöglichen. Eine zeitweilige Herabsetzung der Löhne müsse erfolgen, damit die Industrie die ihr auferlegten Lasten tragen könne. Eine Subvention der Industrie beabsichtige die Regierung nicht. Die dieser zugestandene Unterstützung betrage höchstens 10 Millionen Pfund Sterling. Dieser Betrag dürfe keinesfalls überschritten werden. Die Regierung wünsche auch keinen Druck auf die Bergwerksbesitzer auszuüben, um Bedingungen anzunehmen, die ihre Kraft übersteigen würden. Wenn sie jedoch die von der Regierung als annehmbar bezeichneten Bedingungen ablehnen wollten, würde diese alle weiteren Vermittlungsversuche aufgeben. Die Regierung wolle unparteiisch entscheiden.

England gegen den Achtfundentag.

Der Arbeitsminister Mac Namara gab im Unterhaus bekannt, daß die Regierung mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Umstände es nicht für angebracht hält, die Beschlüsse der Arbeitskonferenz von Washington bezüglich der Arbeitsstunden in Kraft zu setzen. Er fügte hinzu, die Mehrzahl der übrigen auf der Washingtoner Konferenz aufgestellten Vor schläge sei bereits zur Durchführung gebracht worden. Für die Einführung des Achtfundentages zeigten sich indessen bei der englischen Industrie (natürlich) Schwierigkeiten. Einige Abgeordnete hatten im Laufe der Debatte die Haltung der Regierung bezüglich der Washingtoner Konferenz lebhaft kritisiert.

Wirtschaft

„Reichswirtschaftsministerium und Reichswirtschaftsrat.“ In der letzten Sonntagnummer brachten wir unter diesem Titel eine Zuschrift, in der gegen das Reichswirtschaftsministerium und den Reichswirtschaftsrat Angriffe gerichtet waren. Diese stützten sich hauptsächlich darauf, daß das Reichswirtschaftsministerium entgegen einer vom wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates gebilligten Petition des Deutschen Transportarbeiterverbandes ohne vorherige Verständigung mit den Interessenten einen Antrag auf Aufhebung der Einzelgewerkschaft gestellt habe. Das trifft nicht zu. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat am 12. Mai in Anwesenheit eines Vertreters des Reichswirtschaftsministeriums die angekündigte Aufhebung der Zwangsgewerkschaft zunächst gutgeheißen und an den Reichstag den Antrag gestellt, die Petition des Transportarbeiterverbandes damit für erledigt zu erklären. In der Sitzung hatte laut Protokoll der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes, Schumann, selbst erklärt, daß die Eingabe hinfällig werde, wenn die jetzige Gewerkschaft aufgehoben wird. Dem Reichswirtschaftsministerium kann also nicht der Vorwurf gemacht werden, er habe „ohne Fühlungnahme“ mit den Antragstellern entschieden. Der Reichswirtschaftsrat hat mit der Sache um so weniger zu tun, als der Beschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates gefaßt worden war, ehe noch der Reichswirtschaftsrat erneut dazu Stellung genommen hatte. Die in der Zuschrift aus dem Vorfall gezogenen Forderungen werden damit hinfällig.

Doppeljubäum bei Schultheiß-Papenhöfer. Am 27. Mai bzw. am 2. Juni können die zu Schultheiß-Papenhöfer Brauerei-M. G. vereinigten Brauereibetriebe Schultheiß und Papenhöfer auf ein 50jähriges Bestehen als Aktiengesellschaften zurückblicken. Den Anstellten und Arbeitern ist in Anerkennung ihrer den bei den Gesellschaften geleisteten Dienste eine Jubiläumsgabe von 1.250.000 M. zugewendet worden. Die ursprüngliche Absicht der Errichtung einer besonderen Stiftung ist fallen gelassen worden mit Rücksicht auf die durch die Betriebsräte zum Ausdruck gebrachten Wünsche der Arbeitnehmer, die in Anbetracht der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftsverhältnisse die Auszahlung von Barbeträgen vorzuziehen erklärten.

Der Notenumlauf Sowjetrußlands. Auf dem Moskauer Gewerkschaftskongress referierte Schmidt, der Gehilfe des Finanzkommissars, über die Wängel des in Rußland im Umlauf befindlichen Papiergeldes, welches im Januar d. J. 1168 Milliarden Rubel erreicht hatte, gegen 2 1/2 Milliarden vor dem Kriege und 22 Milliarden bei Beginn der Sowjet Herrschaft. Schmidt erklärte, daß im Zusammenhang mit der neuen russischen Wirtschaftspolitik auch eine durchgreifende Reform des Finanzwesens notwendig sei.

Theater der Woche.

Vom 29. Mai bis 5. Juni.

Vollständigt: 29. 1. 4. u. 5. Der Bauer als Millionär. 20. u. 2. Das Volk. Die Komödie der Irrungen. 31. u. 3. Antigone. — Opernhaus: 29. Scherz-Liebe. 30. Kuckuck. 31. Salome. 1. Ariadne. 2. Polina. 3. Frau ohne Schatten. 4. Kuckuck. 5. Die Fledermaus. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1. Die Schöne. 2. Die Schöne. 3. Die Schöne. 4. Die Schöne. 5. Die Schöne. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne. 31. Die Schöne. 1